

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Rosa
Königstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Hauptstadtkommunikations-Büros, des Amtsgerichts, der Amtskammer des
Königs der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptstadtkommunikations-Büros.

Postfachkonto: Dresden 1580
Telegraphische Anstalt Leipzig Nr. 52.

Nr. 251.

Mittwoch, 27. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Abonnementpreis für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Bei den Abnehmern von Produktionsbetrieben, Verwaltungen der Provinz und Reichsbehörden, sowie bei den Abnehmern von Zeitungen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 zum Vertrieb in man hohen Grundstücken (6 Bänden) 100 Mark. Preis für den Abnehmer und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag bar bezahlt, durch Abgabe entgegengebracht wird oder der Auftraggeber in Kontant gelöst. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Nützliche Unterhaltungsbeilage "Spaziergänge an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Redaktion, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Rosa-Königstr. 20, Leipzig. Verleger: Dr. Heinrich Riesner, Leipzig. Druck: Druckerei des Tagesblattes, Leipzig.

In der Endgasse.

Alle die Gerichte, Kombinationen, Falschmeldungen und Versuchsbildungen, die um das Thoiry-Problem herumwirren, lassen nur immer deutlicher erkennen, daß die deutsch-französische Verständigungsbereitschaft nachgerade in einer Endgasse sich festgelassen hat. Man gibt sich nicht zu. Das wäre un diplomatisch. Aber man gibt sich nicht recht deutlich zu verstehen, daß eine politische Auswirkung der Verhandlungen, wie sie einst zwischen Briand und Stresemann geschied, verhängt werden müsse. In dieser Erkenntnis sind sich Berlin und Paris ziemlich einig. In der Wilhelmstraße tut man selbstverständlich den Optimismus nicht ganz als erledigt ab. Man weiß auf die Zukunft hin, auf die Schwierigkeiten, die sich der Lösung des ganzen Problems entgegenstellen, und hofft, daß eine Politik auf weite Sicht schließlich doch das Zustandekommen wird, was in absehbarer Zeit ansehender nicht verwirklicht werden kann. Im Quader der Endgasse das gleiche Bild. Man hofft, oder tut wenigstens so, und im übrigen lassen die Männer an der Seine erkennen, daß sie ansetzend im Augenblick viel ernstere Gedanken im Kopfe herumtragen als die, wie die Verständigung mit Deutschland ernsthaft werden könnte. Daß weder Berlin noch Paris auf Grund der sich so verschobenen Verhältnisse von einem Fiasco der Thoiry-Politik sprechen wollen, ist selbstverständlich. Denn man demontiert sich nicht gern selbst.

Zimmerlich scheint man in Paris doch nicht die Absicht zu haben, die Beziehungen, die sich zwischen den beiden Ländern allerdings etwas leise angekräftigt zu haben scheinen, plötzlich wieder zum Abreißen bringen zu lassen. Denn wie den diplomatischen Korrespondent des "Daily Telegraph" erfahren haben will, soll die Botenkonferenz die Absicht haben, es dem General Walsh zu überlassen, dem deutschen Reichsministerium weitere mündliche oder schriftliche "Ratungen" zuzuschicken. Auf diese Weise hoffe man, das Aussehen und die Erörterung zu vermeiden, die durch die Übertragung formeller Noten in Deutschland und anderen Ländern hervorgerufen würden. Interessant sind auch die Feststellungen, die der Korrespondent über die Gründe gemacht haben will, die die französische Regierung veranlassen sollten, sich gegen eine Übertragung der Kontrolle an den Völkerbund zu sträuben. Der Korrespondent gibt fernerhin der sehr bemerkenswerten Überzeugung Ausdruck, daß die festgestellten, angeblichen deutschen Verfehlungen mit der Sache selbst an und für sich nichts zu tun hätten. Aber Voinard und die Führer der Armee wären fest entschlossen, die Kontrolle nicht aus den Händen zu geben, bis sie genau wüßten, unter welchen Bedingungen der Völkerbund diese Kontrolle durchzuführen würde. Sollte diese Annahme des Korrespondenten zutreffen, (eine große Wahrscheinlichkeit spricht für sie), so könnte man die französischen Tendenzen darin umschreiben, daß Voinard wohl für eine Kontrolle durch den Völkerbund zu haben sein wird, aber nur dann, wenn in dieser Kontrolle der Einfluß der Siegermächte beherrschend ist. Also würde dieser geplante Wechsel der Kontrolle im Grunde genommen nichts anderes sein, als lediglich der Wechsel eines Namens. An der Sache selbst dürfte durch eine solche Übertragung der Kontrolle selbstverständlich so gut wie nichts geändert sein. Bei seinen Bemerkungen, die auf das oben genannte Ziel hinführen, hat Voinard jedoch anscheinend vergessen, daß Deutschland inzwischen Mitglied des Völkerbunds geworden ist. Als solches ist ihm das Recht gegeben, bei der Erledigung der Kontrollfrage durch den Völkerbund auch ein Wort mitzusprechen. Wir können es nicht glauben, daß unsere Vertreter in Gestalt einer Erledigung dieser Frage beipflichten werden, die so ziemlich alles von dem Recht vermissen läßt, das uns durch unsere Völkerbundmitgliedschaft zuteil geworden ist.

Aus all den Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen machen mußten, wird man jedenfalls zur Gewißheit geführt worden sein, daß Voinard oder die angebliche Verständigungsbereitschaft Thoiry, oder wie man es sonst nennen will, in der Endgasse nahezu eingeklemmt ist. Es will sich anscheinend kein Weg finden lassen, der aus ihr wieder herausführt. Zwar versucht man anscheinend in Frankreich trotz der Erkenntnis, daß eine deutsche Finanzhilfe unter allen Umständen an einer Kräftigung des Washingtoner Schuldenabkommens gebunden sein muß, diese Voraussetzung auf einem anderen Wege zu umgehen. Anscheinend ist man jedoch in der Wilhelmstraße von der Realisierbarkeit solcher Lastversuche überseigt. Man sieht nicht, daß eine deutsche Finanzaktion zu Gunsten Frankreichs sich ohne Billigung und Beteiligung Amerikas bewerkstelligen lassen kann. Auch ist man nicht gewillt, durch eine Unterstützung der neuen französischen Vorkämpfer sich in einen Gegensatz zu Amerika zu begeben. Also wo man hindringt und wohin man auch die letzte Sockel einlegt, — überall stößt man auf den harten Boden der Tatsache, die jeden Ausblick auf eine günstige Entwicklung der an und für sich guten Verhandlungen von Thoiry verbietet. Aber wie gesagt, das mit großem Optimismus in die Welt geschleuderte Problem befindet sich nur in einer Endgasse. Das heißt, daß ein Ausweg immerhin vorhanden ist. Aber der Ausweg führt — zurück.

Die Sorge um Thoiry.

Berlin. Die Meinungen deutscher Korrespondenten aus Paris, wonach neue Grundlagen für Thoiry gefunden werden müssen, beruhen wohl auf einer mäßig hohen Auffassung. Der Gedanke von Thoiry war, daß Deutschland Frankreich finanzielle Hilfe zur Bewältigung seiner Währungsleiden und dafür Frankreich in der Währungsfrage entgegenkommen lasse. Um die finanzielle Hilfe für Frankreich zu ermöglichen, war man auf französische Seite auf den Gedanken gekommen, einen Teil der deutschen Eisenbahnobligationen zu mobilisieren, und dieser Gedanke ist auch von deutscher Seite aufgenommen worden. Dieser Gedanke der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen steht nach wie vor, wie wir glauben sagen zu können, im Vordergrund, denn er bietet die einzige praktische Möglichkeit, in absehbarer Zeit größere Beträge für Frankreich fließen zu lassen. Die Möglichkeit dieser Mobilisierung hängt aber mit der Frage der Ratifikation des amerikanischen-französischen Schuldenabkommens durch Frankreich zusammen. Es erscheint nun aber ganz unwahrscheinlich, daß Amerika in diesem Zeitpunkt eine Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen auf dem amerikanischen Kapitalmarkt zulassen wird, bevor nicht Frankreich das Schuldenabkommen ratifiziert hat. Deshalb sucht man augenscheinlich auf französischer Seite nach irgend einer anderen Methode, mit der man sich unter Umgehung der Ratifikation des Schuldenabkommens von Deutschland Geld verschaffen könnte. Bei der ganzen Gestaltung des Weltkapitalmarkts ist aber ohne amerikanische Hilfe nicht durchzuführen. Wegen der Gefahr, eine deutsch-französische Anleihe in den neutralen Ländern Europas unterzubringen, wodurch die französische Ratifikation allerdings vermieden werden könnte, würden außerpolitische Bedenken für Deutschland im Hinblick auf die guten Beziehungen zu Amerika bestehen. Der Zweck von Thoiry, nämlich finanzielle Hilfe gegen politische Zugeständnisse in der Währungsfrage usw. zu bringen, könnte also nur durch die Ratifikation der deutschen Obligations erreicht werden. Diese Frage ist gegenwärtig der Gegenstand der Sachverständigenberatungen und der Unterhaltung unter den maßgebenden

Staatsmännern. Wenn Frankreich wirklich nach einem anderen Ausweg sucht, so ist er jedenfalls noch nicht gefunden, und es ist kein greifbares neues Projekt an Deutschland heranzutreten. Bei dieser Gelegenheit möge nochmals ausdrücklich bemerkt werden, daß von Deutschland irgend welche politischen Zugeständnisse an Frankreich, d. h. also in der Währungsfrage, keineswegs gemacht werden können.

Daily Telegraph über die Frage der Militärkontrolle.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Die Botenkonferenz überläßt es dem Ermessen des General Walsh und seiner Kollegen von der Internationalen Kontrollkommission irgendwelche weiteren Ermahnungen an das Reichswehrministerium in der Frage von Verhöfen gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu richten. Man hofft durch diese Methode das Aussehen und die Erörterung zu vermeiden, die eine formelle Note der Botenkonferenz in Deutschland und anderswo erregen würde. Der Korrespondent hört weiter: Der wirkliche Grund für die Abneigung der französischen Regierung gegen eine baldige Übertragung der Kontrolle an den Völkerbund sind weniger die fraglichen Verhöfe als vielmehr die Entschlossenheit Voinards und der französischen Heerführer, kein Nachsehen der künftigen Kontrolle, die die Übernahme durch den Völkerbund zweifellos mit sich bringen würde, zu gestatten, bis die genauen Bedingungen der Völkerbundskontrolle in einer Frankreich betriebligenden Weise festgelegt sind. Die Franzosen verlangen in dieser Beziehung eine alliierte Wehrkraft in den Völkerbundskontrollsaal, häufigere und regelmäßige Inspektionen, als bisher ins Auge gefaßt wurden, eine stärkere Kontrolle über die entmilitarisierten Rheinlande als über das übrige Deutschland und die Wehrkraft für den Völkerbundrat, Sanktionen durch Wehrbehörden und nicht nur durch einstimmigen Beschluß anzuordnen.

Dr. Reinhold zur deutschen Finanzwirtschaft.

11. Leipzig. In einer Ausgabe der Deutschen Demokratischen Partei zu den Landtagswahlen sprach am Dienstag abend Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Er begann seine Ausführungen, nachdem er einleitend den Mangel an einer großen politischen Linie gekennzeichnet hatte, der in der Auffassung von 12 Witten zum Ausdruck komme, mit einem Bekenntnis zum neuen Staat, der sich von Jahr zu Jahr mehr gefestigt habe. Gerade unter dem Reichspräsidenten von Hindenburg habe der neue Staat eine ungeahnte Festigung erfahren. Hindenburg habe ein Beispiel gegeben, wie ein echter Deutscher, auch wenn er in der alten Tradition wurzele, sich in wirklicher Not des Vaterlandes doch dahinstelle, wo der Staat wieder aufzubauen werde und wo der neue Staat eine feste Basis habe. (Stürmischer Beifall.) Auch der Zwischenfall Seest habe bewiesen, daß der neue Staat feststehe. Seest, dessen Verbrechen niemand verkenne, müßte fallen, wenn die Republik sich nicht lächerlich machen wolle.

Sobann gab der Minister einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage seit der Amtübernahme durch die jetzige Reichsregierung. Seine Finanzpolitik habe sich dahin, auch das Steuerproblem nicht abzulassen, sondern wirtschaftlich anzufassen. Seine Politik der Steuerumänderungen habe sich als richtig erwiesen. Das Ziel sei, das Steuerwesen auf eine organische Grundlage zu stellen und die einzelnen Steuern so abzumildern, daß die Steuerlast für die Wirtschaft und für den Konsumenten tragbar sei. Das sei das Hauptproblem bei dem kommenden Finanzjahre. Eine jede Steuerreform hänge aber aufs engste zusammen mit der Verwaltungsreform. Eine wirkliche Verwaltungsreform sei allerdings erst möglich, wenn man die Dezentralisation nach Stämmen und Ländern, die kulturell berechtigt sei, auf dem Verwaltungsgebiet im Sinne des Gedankens der nationalen Einheit beseitige. (Beifall.) Bei der Verwaltungsreform im Reichsfinanzministerium, die ihm heftige Angriffe eingetragen habe, sei der Vorkämpfer gewesen. Arbeit, nicht Beamte abzubauen. Der Beamtenabbau der letzten Jahre habe sich in vieler Beziehung als falsch und auch als lospielig erwiesen. Davon, daß der Verwaltungsabbau nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt sei, könne keine Rede sein. Der Staat müsse allerdings fordern, daß seine Beamten treu zu ihm stehen. Darüber hinaus oder seien sie frei in ihrer Meinungsäußerung und in ihrer politischen Gesinnung. Jede Gesinnungswandlung lehne er ab.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Dr. Reinhold, daß der Steuerabbau immer schwerer sein werde angesichts der wachsenden Lasten, die die Wirtschaft und Erwerbslosigkeit im Innern und der Dawesplan nach außen dem Reich auferlegen. Der Erwerbslosigkeit sei dauernd nur durch eine gesunde Wirtschaft und Handelspolitik und durch vernünftige Handelsverträge abzuwehren. Zur augenblicklichen Bänderung der Not diene das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Den Dawesplan, der durch Beseitigung der Gewalt und des Diktats die Stabilisierung der Währung und der Wirtschaft erst ermöglicht habe, werde die Reichsregierung loyal erfüllen. Er glaube aber, daß die Zeit nicht mehr fern sei,

wo die Weltwirtschaft sich gegen die zwangsläufig damit verbundene Überschwemmung mit deutschen Waren ausfinden werde.

In der äußeren Politik bezeichnete Dr. Reinhold als wichtigste Ereignisse den Eintritt von zwei Deutschen in die tschechoslowakische Regierung, der den Beginn einer Verständigung der beiden Nationalitäten bedeute, und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der die Besprechungen von Thoiry gereizt habe. Der Versuch von Thoiry müsse, auch wenn er infolge der nationalen Schwierigkeiten, in Frankreich vor allem, zunächst noch scheitern sollte, einmal zum Ziele führen. Der Minister warnte aber vor einem übertriebenen Optimismus. Er glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, das seine Kräfte in Zeiten der Not freis am besten und reinen bewahrt habe. Wichtiger noch als die Wirtschaft seien die Lebenswerte der Nation. Ohne soziale Verbesserung könnten wir nicht hochkommen. Der Minister schloß unter klärendem Beifall mit einem Appell dazu beizutragen, daß die große Errungenschaft von 1918, in der die deutsche Arbeiterklasse für den Staat gewonnen wurde, nicht wieder verloren gehe.

Deutsche Beschwerde note nach Warschau.

Berlin. Die Reichsregierung hat, wie der Lokal-anzeiger erfährt, an die Warschauer Regierung eine Note gerichtet, in der gegen die unzureichende Ausweisung von zwei Deutschen, Leiter industrieller Werke in Oberschlesien, Einspruch erhoben wird. Die beiden Direktoren müssen bis zum 1. November das politische Gebiet verlassen und sie sollen durch polnische Direktoren in ihren Betrieben ersetzt werden. Da dieser Fall auch mit dem zur Zeit verhandelten Niederlassungsrecht in Zusammenhang steht, so ist er auch gegenüber der polnischen Delegation in Berlin zur Sprache gebracht worden und es ist gleichzeitig auf die schändliche Behandlung Reichsdeutscher in Oberschlesien hingewiesen worden.

Eine weitere ernste politische Schwierigkeit besteht zur Zeit wegen des Liquidationsbeschlusses, der sich gegen 17 Wohltätigkeitsanstalten des deutschen Frauenvereins in Polen und Pommern richtet. Auch hier war die deutsche Regierung gezwungen, in einer Beschwerde note gegen diese Liquidation Einspruch zu erheben, daß es sich nach deutscher Auffassung hier um Eigentum handelt, das wie Kirchengut behandelt werden muß und infolgedessen der Liquidation nicht unterliegt.

Eine deutsch-italienische Annäherung.

Berlin. Wie wir erfahren, bekräftigt sich die Nachricht, die dieser Tage durch die Presse ging, daß Mussolini die Absicht hat, zu der nächsten Völkerbundkonferenz selbst in Genf zu erscheinen, allein zu dem Zweck, um hier mit Dr. Stresemann Fühlung zu erhalten und mit ihm Verhandlungen anzubahnen, die ein eigenes Verhältnis zwischen Italien und Deutschland herbeiführen können. Mussolini hat mit Aufmerksamkeit die letzten Erfolge Stresemanns beachtet und sich darin geäußert, daß er für den deutschen Außenminister große Sympathie beuge und der Ansicht sei, eine persönliche Aussprache mit ihm würde alle Spannungen zwischen Italien und Deutschland beseitigen.